Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 125. Mittwoch, 15. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 5.— M. Au. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Mahnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Sturmzeichen in Indien.

Ausbreitung des Aufstandes.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 14. März. Nach einem Telegramm aus Kalkutta sind in Madras bedeutende Unruhen ausgebrochen. Die Bürgerwehren wurden zur Unterstützung der Polizei einberufen. Viele Kaufhäuser mußten schließen, weil ihr technisches Personal Polizeidienste verrichten mußte. Nach einem Telegramm aus Delhi wird die Verhaftung Gandhis das Sturmzeichen sein, um den Aufstand in ganz Indien zu beginnen. Bekannte indische nichtmohammedanische Führer sind seit einigen Tagen verschwunden. Man vermutet, daß sie sich verborgen halten, um die Bewegung weiter zu leiten und einer Verhaftung zu entgehen.

Rücktritt des Vizekönigs von Indien?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 14. März. Vor seiner Abreise nach Wales erklärte Lloyd George einem Vertreter des „Daily Chronicle", daß die Veröffentlichung des Berichtes der indischen Regierung es außerordentlich schwierig mache befriedigende Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland einzuleiten. Als Kandidat für den Posten des Staatssekretärs für Indien nennt man außer Lord Derby in erster Linie Lord Crawford und dann auch Colonel Emery. Nach der gesamten Presse scheint es festzustehen, daß der neue Staatssekretär Unionist sein wird, was eine Stärkung des konservativen Einflusses im Kabinett bedeuten würde, während die unionistische Presse auch mit dem Rücktritt des Vizekönigs Lord Reading rechnet, und ihn sogar fordert, ist die liberale Presse, allen voran die „Westminster Gazette", anderer Ansicht. Als Nachfolger Lord Readings wird der Herzog von Devonshire genannt.

Studentenunruhe in Kairo.

London, 14. März. „Daily News" berichtet aus Kairo, daß infolge eines durch politische Streitigkeiten entstandenen Tumultes der Studenten in der mohammedanischen Moschee El Hazar ägyptische Soldaten die Universität besetzt hätten. (W. T. B.)

Eine Schlacht in Südafrika.

London, 14. März. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist seit Sonntag früh im Randgebiet eine große Schlacht mit aufständischen Bergleuten im Gange. Die Streitkräfte der Regierung sind im Begriffe, die Aufständischen einzuschließen. Es wurden 2200 von diesen gefangengenommen. Benoni, Groß-Dunswart und andere Ortschaften wurden von den Regierungstruppen genommen. (W. T. B.)

Rotterdam, 14. März. Reuter verbreitete gestern abend folgenden Bericht über die Lage in Südafrika: Um Johannesburg finden schwere Kämpfe statt. Ein Teil der Stadt ist in Flammen aufgegangen. Die englischen Truppen sind auf das Stadthaus zurückgedrängt. Montag früh sind in den Nordstädten englische Verstärkungen zum Entsatz der englischen Truppen eingetroffen, die die Aufständischen zurückzudrängen beginnen.

London, 14. März. Die Nachrichten aus Südafrika besagen, daß Johannesburg nunmehr als gerettet angesehen werden kann. Krügersdorp ist von den Truppen genommen worden. Um die Eisenbahn nach Pretoria wird noch gekämpft. Ein Teil der Aufständischen hat sich nach Bononi zurückgezogen. Die Polizei, die zwei Tage lang belagert worden war, wurde befreit. Banes geht aus Johannesburg vor, und Smuts berichtet von über 2200 Gefangenen.

Auslaufen des Gibraltar-Geschwaders nach Südafrika.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 14. März. Der „Tagesanzeiger" meldet aus Madrid das erfolgte Auslaufen des Gibraltar-Geschwaders nach Südafrika.

Der englisch-italienische Reparationsplan.

Paris, 14. März. „Chicago Tribune" veröffentlicht den vor einigen Tagen erwähnten neuen englisch-italienischen Reparationsplan. Demnach wird die deutsche Schuld in zwei Arten geteilt, einen ersten Teil, der als ruhende Schuld anzusehen ist. Dieser entspricht dem Betrage der alliierten Kriegsschulden. Der zweite Teil, der Deutschland zur Last fällt und dessen Bezahlung baldigst erfolgen soll, ist die Wiederaufbauschuld. Entgegen dem „Petit Parisien" wird die Höhe der letzteren Schuld von der „Chicago Tribune" mit 40 Milliarden Goldmark angesehen, deren Begleichung wie folgt erfolgen soll: Zehn Milliarden Goldmark in Gold, 30 Milliarden Goldmark in Sachlieferungen. Die 10 Milliarden Goldmark sollen innerhalb fünf Jahren durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden. Die ruhende Schuld von 65 Milliarden Goldmark soll nur auf Verlangen der Gläubiger beglichen werden. (W. T. B.)

Ein Vorschlag Schanzers.

London, 14. März. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt: Der italienische Minister des Auswärtigen Schanzer habe den Regierungen, welche die Genueser Konferenz veranstalten, den Vorschlag gemacht, die Wirtschafts- und die Finanzkommission des Völkerbundes zu ersuchen, Vertreter nach Genua zu entsenden, und zwar drei Wirtschafts- und drei Finanzvertreter, die das gesamte in Betracht kommende Nachrichtenmaterial, über das die Kommission verfügt, mitbringen sollen. Das gleiche werde für das internationale Arbeitsamt vorgeschlagen. (W. T. B.)

Deutschlands Anleiheverhandlungen in London.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 14. März. Die „Times" schreibt, daß die Anleiheverhandlungen Deutschlands in London nicht als aussichtslos anzusehen seien. Die jetzigen Besprechungen stellten den Abschluß der Genuaer Konferenz als Termin der Anleihe in Aussicht. Bis dahin hoffe man, daß Deutschland an den internationalen Börsen seine Anleihe für Reparationszwecke beantragen könne. Die „Times" schließt: Der Erfolg aller Finanzoperationen Deutschlands hänge von Amerikas Verhalten ab. Es schwebten vertrauliche Erörterungen, über deren Stand und Aussichten zurzeit nichts verlautbart werden könne.

Ein amerikanischer Stundungsvorschlag für Oesterreich.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 14. März. Der „Herald" meldet aus Neuyork, daß der Senatsausschuß am Sonnabend den Verzicht auf das Generalpfandrecht der Union an Oesterreich abgelehnt, dagegen den Präsidenten beauftragt habe, einen Stundungsvorschlag auf zehn Jahre dem Senat vorzulegen.

Bereitstellung der 7. deutschen Zahlung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 14. März. Der „Temps" meldet aus Berlin, daß auch die Summe der 7. deutschen Zahlung von 31 Millionen Goldmark von der deutschen Regierung zum 17. d. M. bereitgestellt ist.

Keine Wiederholung der Finanzkonferenz.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 14. März. Der „Temps" meldet: Die Finanzkonferenz wird keine Wiederholung in der nächsten Zeit finden. Die internationale Anleihe in Deutschland herbeizuführen, wird ausschließlich Aufgabe der deutschen Regierung bleiben. In Genua soll die Anleihefrage nicht erörtert werden.

Amerika und die Verschuldung der Alliierten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Washington, 14. März. Senator Reed hielt auf dem Verbandstage der Grossistenverbände von Missouri und Alaska eine Rede und erklärte, die Alliierten schuldeten Amerika 10 Milliarden Dollar, wovon sie nicht einmal die Zinsen bezahlt hätten, was man von jedem kleinen Kaufmann als ein Zeichen seiner Ehrlichkeit voraussetze. Nun forderten die Alliierten sogar, daß Amerika Ammendienste für die ganze Welt leisten solle. Die amerikanische Regierung müsse vom Volk, das jetzt die hohen Steuern bezahlen muß, gedrängt werden, die alliierten Staaten, wenn sich England und Frankreich weigerten, zu zahlen, für bankrott zu erklären. Redner vertrat weiter die Ansicht, Amerika solle alle europäischen Waren hereinlassen und dafür Weizen und Mais im Tausch liefern.

Widersprüche über Lloyd Georges Teilnahme in Genua.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 14. März. In der Downingstreet sind Nachrichten eingetroffen, daß sich Lloyd Georges Befinden bereits etwas gebessert habe, so daß seine Rückkehr nach London schon in 14 Tagen erwartet werden könnte. Lloyd George soll nach Genua gehen und braucht noch eine gewisse Zeit zu Vorbereitungen. Chamberlain wird während seiner Abwesenheit alle notwendigen Entscheidungen treffen.

Die technischen Vorbereitungen für Genua.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 14. März. Es steht nunmehr fest, daß die mit den technischen Vorbereitungen der Konferenz von Genua beauftragten alliierten Sachverständigen am 20. März in London zusammenkommen werden. Die französische Regierung hat ihr Einverständnis bereits erteilt.

Rom, 13. März. Den Zeitungen zufolge ist auf Grund zustimmender Mitteilungen der beteiligten Regierungen die Genueser Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden. (W. T. B.)

Fernbleiben Poincarés von Genua.

Paris, 14. März. „Chicago Tribune" meldet: Der Ministerpräsident Poincaré habe infolge des Entschlusses der Vereinigten Staaten, nicht an der Genueser Konferenz teilzunehmen, endgültig beschlossen, nicht persönlich an der Konferenz teilzunehmen. (W. T. B.)

Vanderlip als inoffizieller Beobachter Amerikas

London, 14. März. „Daily Telegraph" meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten auf der Genueser Konferenz ihre Interessen inoffiziell schützen lassen würden. Auf Ersuchen des Präsidenten Harding werde der vormalige Präsident der National-City-Bank, Franc Vanderlip als inoffizieller Beobachter für die Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua teilnehmen. Franc Vanderlip, der am Sonntag von Amerika abgefahren sei, werde Ende der Woche in London eintreffen. (W. T. B.)

Vanderlip ist der Vater des Gedankens, mit amerikanischem Gelde eine Bundesbank der europäischen Staaten zu errichten, die zur Ausgabe von Geldnoten zur Wiederherstellung des europäischen Kredits und des Währungssystems berechtigt sein soll. Senator Owen hat auf einer Rundreise durch Europa diese Idee weiter propagiert und gemeldet, daß sie von den meisten Kontinentalstaaten, auch von Deutschland, bereits geprüft werde. Daß Amerika den Bankier Vanderlip und nicht einen Botschafter oder Politiker als Beobachter entsendet, wird nach der „B. Z." als neuer Fingerzeig angesehen, daß Amerika alle politischen Manöver in Genua mißbillige.

Verhandlungen über die Rückgabe Oberschlesiens.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. März. Der Gesandte Dr. Paul Eckardt ist von der deutschen Regierung beauftragt worden, mit der interalliierten Kommission über die Rückgabe des Deutschland zugesprochenen Gebietes von Oberschlesien zu verhandeln, ebenso über die Rückführung und Entschädigung der Deutschen, die nach Polen verschleppt worden sind. Die interalliierte Kommission hat sich mit der Rückführung der Verschleppten bereits ernstlich beschäftigt. Ein Teil derselben ist auch zurückgeführt worden, ein anderer Teil aber befindet sich noch in polnischen Staatsgefängnissen. Die Verschleppten stellen ihre Schadenersatzansprüche an die polnische Regierung, weil die Verschleppung durch Organe geschehen ist, die mit der polnischen Regierung im Zusammenhang standen, und weil sie von polnischen Gerichten zu hohen Strafen verurteilt worden sind. Die zurückgekehrten Verschleppten beklagen sich darüber, daß sie von den Polen mißhandelt worden sind, und daß man ihnen die Wertsachen abgenommen habe.

Beuthen, 14. März. Laut „Morgenpost" treffen die Polen Vorbereitungen zur Uebernahme der Verwaltung. Alles deutet auf die Uebernahme am 1. Mai hin.

Heimbeförderung der italienischen Truppen am 15. April.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 14. März. Der „Secolo" meldet aus Rom: Der Kriegsminister veröffentlicht im Amtsblatte die Verfügung, wonach am 15. April die bisher in Oberschlesien stehenden Teile des italienischen Heeres in die Heimatgarnisonen zurückversetzt werden.

Polnischer Uebergriff in Oberschlesien.

Tarnowitz, 13. März. Am Sonnabend verhinderten die Polen die Fortschaffung eines Teiles der Akten des Knappschaftsvereins nach Beuthen. Die Interalliierte Kommission schritt ein und verhinderte den Umzug. Die Aktenschränke wurden versiegelt. (W. T. B.)

Beuthen, 13. März. Die „Oberschlesische Grenzzeitung" ist wegen eines Artikels „Was soll es bedeuten?" in Nummer 34 vom 11. d. M. von der Interalliierten Kommission auf 10 Tage verboten worden. (W. T. B.)

Deutsche Mehrheit im „dänischen Tondern".

Tondern, 13. März. Die Stadtverordnetenwahl ergab bei Abgabe von 1688 Stimmen eine Wahlbeteiligung von 89 Prozent. Für die Deutschen wurden 857 Stimmen, für die Dänen 538 und für die Sozialdemokraten 293 Stimmen abgegeben. Somit sind gewählt worden: 8 Deutsche, 5 Dänen und 3 Sozialdemokraten. Unter letzteren ist ein Deutscher. Es bleibt also eine deutsche Mehrheit.

Die Regierungsverhandlungen mit den Gewerkschaften.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 14. März. Die Verhandlungen im Finanzministerium mit den Vertretern der Gewerkschaften stehen vor dem Abschluß. Heute soll der Tarif für Arbeiter und Angestellte zur Erledigung gelangen. Nach Möglichkeit will man versuchen, die gesamte Materie heute abzuschließen, damit der Reichsrat sich am Freitag schon mit den Gesetzesanträgen befassen kann.

Die groben verleumderischen Lügen gegen die Prinzessin Eitel Friedrich.

Berlin, 14. März. Zu den englisch-amerikanischen Darstellungen des Ehescheidungsprozesses der Freifrau v. Pleitenberg erklärte ihr Rechtsbeistand, daß es nicht wahr sei, daß die Prinzessin Eitel Friedrich Beziehungen zum Freiherrn v. Pleitenberg zugestanden habe. Sie habe vielmehr unter ihrem Eide jede unerlaubte Beziehung zu ihm vor und nach dessen Ehe in Abrede gestellt. Der Rechtsbeistand des Prinzen Eitel Friedrich bezeichnet die Angaben der ausländischen Presse als grobe verleumderische Lügen. Gegen ihre Verbreiter werde Strafantrag gestellt werden.

Unglaubhafte Gerüchte über die Zuckerzuweisungen an den Winzerverband Mosel-Saar.

Berlin, 14. März. Einer sozialistischen Korrespondenz zufolge soll angeblich in politischen Kreisen das Gerücht umgehen, daß der Winzerverband für Saar, Mosel und Ruwer nicht nur Zuckerzuweisungen von 8000 Zentnern erhalten habe, sondern auch aus irgeneinem dem Reichsernährungsministerium zur Verfügung stehenden Fonds finanzielle Unterstützungen bezogen zu haben.

Manöver in den Vereinigten Staaten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Neuyork, 14. März. Nach einer Verfügung des Kriegsamtes werden in diesem Sommer zum ersten Male nach Annahme des neuen Heeresgesetzes große Manöver in den Vereinigten Staaten stattfinden, an denen 200 000 Mann teilnehmen, ebenso nehmen Freiwillige daran teil. Die Manöver dauern drei Wochen.

Annahme des Viermächteabkommens durch Amerika?

Rotterdam, 13. März. Die „Morning Post" meldet aus Neuyork: Im Senatsausschuß bereitet sich nach der großen Rede Lodges ein Umschwung für die Annahme des Viermächteabkommens vor. Die Gegenkoalition ist durch den Uebergang von sechs Senatoren zur Regierungspartei gesprengt. Das Viermächteabkommen wurde erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses am Donnerstag gesetzt.

Die griechische Kabinettskrise.

Athen, 14. März. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich der Bildung eines dauerhaften Ministeriums entgegenstellen, lehnte es Stratos ab, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Infolgedessen wurde Gunaris in das Schloß berufen. (W. T. B.)